

# Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 2

Dienstag, den 4. Januar 1927

22. Jahrgang

### Auf dem Wege der deutsch-französischen Verständigung.

„Die Friedensrüstung 1926.“

Paris, 3. Jan. „Journal“ veröffentlicht ein Interview, das Briand einem Mitarbeiter des Blattes gewährte. Briand erklärte, der Politik von Locarno komme das Hauptverdienst zu, den Vertrag von Versailles, von dem man erklärt habe, daß er durch Gewalt erzwungen sei, durch eine freiwillig zustandgekommene Abmachung bestätigt zu haben. Ueber die Annäherung an Deutschland erklärte Briand, daß diese nichts Neues sei. Der geringste Zwischenfall löse eine Polemik aus. Dies gelte auch für den bedauerlichen Zwischenfall von Landau. Aber sobald Frankreich die Begnadigung der Verurteilten vorgenommen habe, hätten die Polemiken aufgehört. Das sei darauf zurückzuführen, daß in Deutschland und in Frankreich doch manches anders geworden sei. Nach dem Wiederzusammentritt des Parlamentes müsse eine klare, präzise Aussprache erfolgen, damit man in Frankreich wisse, was man wolle, und damit man wähle. Die Stunde sei gekommen, vor dem Lande die Verantwortung zu übernehmen. Die Behauptungen über Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Poincaré sowie anderen Kabinettsmitgliedern seien reine Phantasie. Briand stellte dann ferner eine Entspannung in Europa fest. Ein System der Schiedsgerichtsbarkeit ersetze das System der Gewalt. Um den Frieden zu wahren, genüge es nicht, davon zu sprechen, sondern man müsse energisch wollen und organisieren. Das hindere übrigens nicht, daß alle gewünschten Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Auch der Außenminister des „Matin“ hatte eine Unterredung mit Briand, in deren Verlauf der französische Minister des Aeußeren erklärte, das Jahr 1926 habe in Europa eine Friedensrüstung geschaffen, die ein solides Werkzeug gegen die Gefahr eines Krieges bilde. Den deutsch-italienischen Vertrag bezeichnete der Außenminister als eine Abmachung, die sich in das allgemeine Friedenssystem einfüge, dessen qualifizierter Garant der Völkerbund sei. Die deutsch-italienischen Zwischenfälle halte er für vorübergehende Erscheinungen. Briand schloß mit den Worten, daß er mit allen seinen Kräften die Friedenspolitik verfolgen werde, solange er die Verantwortung für die Beziehungen von Frankreich zu den anderen Nationen trage.

### Die Wohlfahrt eines Landes baut sich nicht auf dem Ruin seines Nachbarn auf!

Paris, 1. Jan. Beim Empfang des diplomatischen Korps durch den Präsidenten der Republik überbrachte der Doyen, Monsignore Maglioni, die Glückwünsche des diplomatischen Korps. Er wies darauf hin, mit welcher Befriedigung die Bemühungen Frankreichs um Befriedigung der Völker betrachtet worden seien, ein Werk, das die französische Regierung sicher fortsetzen werde. Frankreich könne bei diesem Werke der tätigen und loyalen Mitarbeit des Heiligen Vaters versichert sein. Der Präsident der Republik erwiderte, das abgelaufene Jahr habe einen neuen Fortschritt auf dem Wege der Annäherung der Nationen und der schiedsgerichtlichen Lösung der Streitfälle unter den Völkern gebracht und damit eine friedliche Zusammenarbeit, die für die Welt ein Pfand der Sicherheit sein werde, wenn ein jeder aufrichtigen guten Willen und den Geist großmütiger Menschlichkeit zeige, ohne sich von der loyalen Beobachtung der internationalen Verpflichtungen zu entfernen. Dieses glückliche Ergebnis sei darauf zurückzuführen, daß die Völker und Regierungen immer mehr von der Unfruchtbarkeit jenes Egoismus überzeugt würden, der ehemals darauf abzielte, die Macht eines Staates auf dem Ruin seiner Nachbarn aufzurichten. Es werde immer klarer, daß die Wohlfahrt eines Landes nicht unabhängig von derjenigen der anderen Länder sich entwickeln könne.

### Druckstimmen zur Rede des Nuntius Monsignore Maglioni.

Paris, 3. Jan. Die Blätter besprechen die gestern beim Empfang des diplomatischen Korps zwischen dem Apostolischen Nuntius, Monsignore Maglioni, und dem Präsidenten der Republik, Doumergue, gewechselten Reden. „Matin“ schreibt, ganz sicher auf formelle Weisung des Heiligen Stuhles habe der Nuntius deutlich die volle Zustimmung des Papstes zu der von Frankreich verfolgten Politik ausgesprochen, die zu dem Abkommen von Locarno und zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geführt habe. Die Folgen dieser Haltung, die reichlich erwogen worden sei, würden gewiß auf die katholischen Gruppen in Frankreich und Italien

und allgemein in ganz Europa ihren Einfluß ausüben. „Petit Parisien“ führt aus, der Papst habe Wert darauf gelegt, daß sein Vertreter die einzige Gelegenheit, über die er verfüge, benutzte, um öffentlich seine Ansicht über die französische Außenpolitik zum Ausdruck zu bringen und die Politik der Annäherung der Völker zu loben. Aus der Entgegnung des Präsidenten Doumergue hebt „Petit Parisien“ besonders hervor, daß der Präsident der französischen Republik die friedliche Zusammenarbeit als ein sicheres Unterpfand für die Sicherheit der Welt bezeichnet habe. „Deuvre“ schreibt: Monsignore Maglioni habe mit der Tradition, lediglich eine banale Ansprache zu halten, gebrochen, um Frankreich zu seiner Frieden bringenden Politik und beson-

ders seinen Außenminister Briand zu seiner Rede bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu beglückwünschen. „Figaro“ erklärt, die Rolle und das Werk Briands habe Monsignore Maglioni insbesondere gelobt, und zwar in Ausdrücken, die in der Welt Widerhall finden werden. Die gestrige Ansprache des päpstlichen Nuntius werde gerade auch im Völkerbund mit Beifall begrüßt werden.

London, 2. Jan. Der Pariser Berichterstatter der „Sunday Times“ schreibt, die Ansprache des päpstlichen Nuntius Maglioni beim Neujahrsempfang habe in der französischen Hauptstadt einen guten Eindruck gemacht. Es werde erwartet, daß seine Rede einen riesigen Einfluß in ganz Frankreich haben werde, denn die Katholiken würden darin die Zustimmung des Papstes zur Locarnopolitik Briands sehen. Einer Neutermeldung aus Paris zufolge wird der Ansprache des Nuntius in dortigen politischen Kreisen beträchtliche Bedeutung beigemessen.

### Neujahrsempfänge im Reichspräsidentenpalais.

Berlin, 1. Jan. Während des Empfanges des diplomatischen Korps beim Reichspräsidenten richtete der Doyen, Nuntius Maglioni, an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß das vergangene Jahr durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund seinen Stempel erhalten habe. Wenn sich auch die endgültige Auswirkung der Bemühungen um die Verständigung der Völker noch nicht genau übersehen lasse, so sei es doch tröstlich, festzustellen, daß der Gedanke der Solidarität der Nationen im Bewußtsein der Völker immer tiefer geworden sei. Der Nuntius sprach dann u. a. auch die Hoffnung aus, daß das Schreckbild der Erwerbslosigkeit vertrieben werden könne, und wünschte dem deutschen Volke Größe, Glück und friedlichen Fortschritt unter der weisen Führung des Reichspräsidenten.

Reichspräsident v. Hindenburg betonte in seiner Antwort seine Ueberzeugung, daß die Bestrebungen um eine gegenseitige Verständigung mit allen Kräften fortgesetzt werden müssen. Jedes Volk habe in erster Linie das Recht und die Pflicht, seine politische Unabhängigkeit, seine Freiheit und seine Eigenart aufrecht zu erhalten. Das solle und dürfe aber nicht hindern, auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung aller Nationen das allgemeine Wohl der Menschheit zu pflegen und zu fördern. An der Erreichung des hohen Zieles der Völkerverständigung werde das deutsche Volk in diesem Sinne mit aller Kraft mitarbeiten.

Anlässlich des Empfanges der Reichsregierung überbrachte Reichsfinanzminister Dr. Marx dem Reichspräsidenten die Glückwünsche der mit der Weiterführung der Geschäfte betrauten Reichsregierung und gab einen Ueberblick über die in der Außenpolitik und im Innern im

letzten Jahre erzielten Fortschritte, wies aber gleichfalls auf die immer noch schwierige Wirtschaftslage und den besorgniserregenden Umfang der Arbeitslosigkeit hin. Erfreulicherweise habe sich die politische Lage in zunehmendem Maße auf einen die verschiedensten Bevölkerungsschichten und Parteigruppierungen umfassenden Willen zum Wiederaufbau der deutschen Weisung mit den Mitteln einer auf die friedliche Verständigung sowie auf die nationale Würde bedachten Politik stützen können. Dieser Zug zu einheitlicher Willensbildung in den großen Lebensfragen der Nation berechtige zu der Erwartung, daß die Bemühungen um die europäische Verständigung zum Wohl des deutschen Volkes fortgeführt werden.

Der Reichspräsident erkannte in seiner Erwiderung an, daß das abgelaufene Jahr auf dem Gebiete der Außenpolitik wie im Innern gewisse Fortschritte gebracht habe. Aber noch harrten wichtige Aufgaben der Lösung, die das neue Jahr bringen soll: In erster Linie muß es unser aller gemeinsames Ziel sein, baldigt die

### Räumung des besetzten Gebietes

zu erreichen. Daneben wies der Reichspräsident die nächstwichtigsten innerpolitischen Aufgaben besonders zur Behebung der wirtschaftlichen Not auf. Er schloß mit einem warmen und eindringlichen Appell an den einen Willen und die zusammengefaßte Kraft unserer Nation, die Zurückstellung der Verschiedenheiten der Weltanschauungen, damit wir endlich das Gelingen in unserem Hause, die Zwietracht und Zerrissenheit, bannen.

Während der Empfänge hatte sich vor dem Palais des Reichspräsidenten eine vielköpfige Menge angesammelt, die das Deutschlandlied anstimmte und dem Reichspräsidenten Ovationen darbrachte.

### Wiederzusammentritt des Reichskabinetts.

Das geschäftsführende Reichskabinett wird voraussichtlich Mitte dieser Woche seine Sitzungen wieder aufnehmen. Man rechnet, daß die entscheidenden Besprechungen beim Reichspräsidenten um den 9. oder 10. Januar stattfinden werden.

### Die Aufgaben der Reichsregierung im neuen Jahre.

Infolge der Regierungskrise ist eine Anzahl von Gesetzesentwürfen unerledigt geblieben, die bereits dem Reichskabinett zur Beschlussfassung zugegangen waren. Dazu gehören das neue Reichsschulgesetz, das Gesetz über Titel und Orden und der Entwurf eines Reichsstraftatbuchs. Von der Arbeit in den Reichsministerien steht, wie die Blätter berichten, für das Ausland die Frage der Rheinlandräumung an erster Stelle, während das Reichsministerium für die besetzten Gebiete mit der Rheinlandkommission über die Robifikation der Ordonnangen zu verhandeln hat. Das Auswärtige Amt ist weiterhin mit dem Wirtschaftsministerium beteiligt an Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei, Polen und Japan. Auch die neuen Verhandlungen mit Frankreich, mit dem das Protokoll am 21. Februar abläuft, sollen nach Möglichkeit beschleunigt werden. Das Reichsministerium des Innern beschäftigt sich in erster Linie mit dem Reichsschulgesetz und mit dem Gesetz zum Artikel 48. Hauptaufgabe des Reichsfinanzministeriums wird die Durchfüh-

rung des Finanzausgleichs sein. Vom Reichsarbeitsministerium ist dem Reichstage der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung und dem Reichsrat, sowie dem Reichswirtschaftsrat der Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes zugegangen.

### Keine Änderung im Verhältnis zwischen Belgien und der Sowjetunion.

Brüssel, 1. Jan. Zu der Meldung eines ausländischen Blattes aus Moskau, wonach man in politischen Kreisen in Rußland mit einer sehr bald bevorstehenden Anerkennung der Sowjetunion durch Belgien rechne, schreibt „Sole“, er glaube sich nicht zu täuschen, wenn er sage, daß diese Meldung einer ernsthaften Grundlage entbehre, und daß sich bisher im Verhältnis zwischen Belgien und der Sowjetunion nichts geändert habe.

### Die Strafmaßnahmen gegen die elsass-lothringischen Autonomisten.

Paris, 1. Jan. Dem „Temps“ wird aus Straßburg berichtet, Ministerpräsident Poincaré habe bekanntgegeben, daß er bereit sei, die Frage der Zurücknahme der Strafmaßnahmen, die gegen die Beamten, die das Heimatbund-Manifest unterzeichnet hatten, getroffen worden seien, zu prüfen, wenn die in Frage kommenden Beamten eine Unparteilichkeitserklärung abgeben. Die betreffenden hätten daraufhin eine entsprechende Erklärung nach Paris gesandt.

Einige Fortsetzung des klassischen deutschen Idealismus. Relativ

2. Kinemat